

# „Wir müssen über das Jahr 2030 hinaus planen“

Podiumsdiskussion des VdK Heilbronn zur Finanzierung von Rente und Pflegebedarf

Rente und Pflege – wie sieht die Strategie der Politik über das Jahr 2025 hinaus aus? Auf diese Frage forderte Rita Kimmel, Vorstandsmitglied des VdK-Kreisverbands Heilbronn Ende Oktober bei der Podiumsdiskussion des Sozialverbands in der Heilbronner Arkus Antworten.

In zwei Diskussionsblöcken führte VdK-Kreisverbandsvorsitzender Frank Stroh durch die Diskussion mit den Bundestagsabgeordneten Alexander Throm (CDU), Martin Rosemann (SPD), Michael Link (FDP) sowie Peter Hettig, Heimdirektor der Evangelischen Heimstiftung. Die VdK-Seite wurde von Landeschef Roland Sing vertreten.

Er stellte zu Beginn der Diskussion die Forderungen des Sozialverbands vor. Er forderte, dass die Rente nicht durch versicherungsfremde Leistungen wie beispielsweise die Mütterrente belastet werden könne. „Diese Leistungen müssen aus Steuergeldern bezahlt werden.“ Ferner forderte der VdK-Chef, sich grundsätzlich Gedanken zu machen, ob die Renten aus anderen Quellen als nur Lohn- und Gehalt finanziert werden sollten. „Wir müssen außerdem über die Renten unserer Kinder und Enkel reden. Also auch über das Jahr 2030 hinaus planen.“ Throm stimmte Sing in diesem Punkt zu und räumte ein, als Politiker der Koalitionspartei CDU, dass bisher keine Regierung einen konkreten



Michael Link (FDP), Alexander Throm (CDU), Roland Sing (VdK), Martin Rosemann (SPD) sowie Peter Hettig, Heimdirektor der Evangelischen Heimstiftung. Frank Stroh moderierte die Runde (von links). Fotos: Priya Bathe/VdK

eingegriffen werden sollte, wo in Deutschland investiert werde. Zur Finanzierung sagte der SPD-Politiker, dass der Anteil aus Steuerfinanzierung der Rente ab 2020 deutlich erhöht werden müsse. „Damit kann man die Stabilität des gesamten Systems gewährleisten und nicht nur versicherungsfremde Leistungen wie die Mütterrente finanzieren.“ Ein weiterer Punkt, den Rosemann nannte, war die Arbeitsmarktpolitik. Wenn der Arbeitsmarkt gestärkt werde, dann werde auch die Rentenpolitik gestärkt. „Arbeitsmarktpolitik ist Rentenpolitik.“ Rosemann betonte, dass auch Selbstständige in die Rentenversicherung integriert werden müssten.

Dieser Position widersprach Michael Link von der FDP. „Als FDP glauben wir nicht, dass die Selbstständigen miteinbezogen werden können. Für das Gesamtsystem wird es dadurch keine Besserung geben.“ Er forderte einen flexibleren Renteneintritt. Wer früher in Rente gehe, der müsse allerdings dann auch mit Abschlägen rechnen. Ferner forderte Link eine bessere Zuverdienstmöglichkeit für Rentner und verwies auch auf die Notwendigkeit der privaten Vorsorge. Er stimmte seinen beiden Vorrednern zu, dass mehr aus Steuergeldern finanziert werden müsse. Rente finanziert aus arbeits- und lohnbezogenem Einkommen „ist 19. Jahrhundert“, sagte Link.

Zum zweiten Themenblock Pflege führte Peter Hettig, Regionaldirektor der Evangelischen Heimstiftung Heilbronn ein. „Wir spüren den demografischen Wandel sehr deutlich.“ Täglich erhalte Hettig 25 Anrufe und könne keinen freien Heimplatz anbieten. Engpässe nannte er auch in der Kurzzeit- und Verhinderungspflege. Zudem seien die Kosten immens: „Für jeden Pflegeplatz müsse ein Pfleger heute eine Zuzahlung von 2400 bis 2800 Euro pro Monat leisten. „Ich glaube, man muss die Finanzierung auf solide Füße stellen und die Menschen nicht in die Sozialhilfe abdriften lassen“, forderte er. Er forderte, dass pflegebedingte Investitionen durch die Krankenkassen getragen werden. „Bei den Bewohnern sollten nur

Kosten für Unterkunft und Verpflegung verbleiben, die auch zu Hause anfallen würden.“ Er verwies auf Ergebnisse einer Studie, nach der eine Erhöhung der Pflegeversicherung um 0,7 Prozent alle pflegebedingten Leistungen abdecken würde.

Sing skizzierte an einem Beispiel, wie die Kosten der Pflege sofort auf die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen durchschlage. „Wir haben ein Leistungsrecht, bei dem fünf Pflegegrade mit festen Sätzen in der stationären Pflege vorliegen – und das unabhängig der monatlichen Sätze der Pflegeeinrichtungen. Wenn wir das unterstützen, dann wissen wir genau, dass das die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen voll trifft. Wenn wir die Betroffenen die Zeche bezahlen lassen, ist das sehr fragwürdig“, mahnte er.

Sing kündigte an, in Baden-Württemberg eine Kampagne zu starten, die fordern werde, dass Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen voll vom Land übernommen werden müssen. „Das ist ein Skandal, dass durch den Eigenanteil der Pflegebedürftigen durchschnittlich 500 Euro Investitionskosten pro Monat für Ausbildung und Umlage draufgehen.“

„Es kann in der Pflege nicht bei einer Teilkaskolösung bleiben“, sagte der VdK-Chef weiter.

## Zu Hause oder im Heim

CDU-Politiker Throm hingegen vertrat die Meinung, dass Menschen so lange wie möglich in der Familie gepflegt werden sollten. „Daher weiß ich nicht, ob es richtig wäre, wenn wir eine Vollkasko-Versicherung einführen sollten. Denn unsere Versicherung ist ganz

„Rente kann nicht durch Fremdleistungen belastet werden!“

Roland Sing

gezielt darauf angelegt, dass nur gewisse Teile über die Pflegeversicherung abgedeckt werden. Was wichtig ist, dass wir ausreichend Pflegeplätze

haben, die Wertschätzung erhöhen und die Bezahlung verbessern.“ Throm vertrat die Meinung, dass in Heilbronn ausreichend Pflegeplätze vorhanden seien.

Dem widersprach Hettig von der Evangelischen Heimstiftung. Es fehlten 1163 Plätze, so Hettig. „Wir können jeden Tag Plätze mehrfach vergeben“, sagte er weiter. „Es ist unheimlich aufwändig, welche Forderungen wir erfüllen müssen. Vor lauter Regulierung dürfen unsere Leute nicht vergessen, was ihre originäre Aufgabe ist: Die Pflege am Menschen“, so resümierte Hettig abschließend.



Rita Kimmel begrüßte zur Diskussionsrunde.

Vorschlag über ihre vier Jahre Legislaturperiode hinaus machte. Throm wies aber auf die eingesetzte Rentenkommission hin, die 2020 einen Bericht vorlegen werde. „Lassen Sie uns erst mal die Ergebnisse dieser Kommission abwarten, es ist nicht seriös, jetzt Vorschläge zu diskutieren, wenn man eine Rentenkommission eingesetzt hat.“

## Rentenfinanzierung

Dem widersprach Martin Rosemann (SPD). Der Einsatz der Rentenkommission dürfe nicht verbieten, Vorschläge und Beiträge in die Debatte zu werfen. Es sei wichtig, parteipolitische Positionen zu Rentenniveau, Beitragssatz und Renteneintrittsalter zu beziehen. Rosemann stimmte Sing zu, dass die Frage des Rentenniveaus über 2025 hinaus beantwortet werden müsse. „Wir wollen das Rentenniveau über 2025 bis 2040 hinein stabilisieren. Ich rede von Stabilisieren, weil ich Ihnen kein höheres Rentenniveau versprechen kann.“

Rosemann forderte zudem, hohe Unternehmensgewinne zu besteuern, betonte aber, dass nicht dort